

Christine Hannemann

„Soziales Kapital“ kleiner Städte

Perspektive für schrumpfende Städte in Ostdeutschland?¹

1. Problembezug und Auswahl des Untersuchungsgegenstandes

1.1. Die Forschungsidee

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der „Wende“ zeigen sich besonders tiefgreifend in der Entwicklung der Städte und Regionen in Ostdeutschland. Begriffe wie Finanznot, Leerstand und Abwanderung kennzeichnen die Diskussion. Insbesondere die Perspektive ostdeutscher Städte ist angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Gegenstand vielfältiger Debatten. Von den verschiedenen Prognosen ist nur eine Annahme unwidersprochen: Die Entwicklungsperspektiven ostdeutscher Städte sind äußerst ungewiß und differieren nach stadtstrukturellen und regionalen Voraussetzungen. Auf der Suche nach Entwicklungsoptionen werden seit den 80er Jahren Konzepte diskutiert, die auf endogene Qualitäten setzen. Dies jedoch bisher nur in Ansätzen und empirisch unbefriedigend (vgl. Häußermann/Hannemann 1999). Das Sozialkapitalkonzept bietet, so meine These, die hier am Beispiel eines spezifischen Siedlungstyps erläutert wird, einen Zugang für die nähere Bestimmung solcher endogener Entwicklungsfaktoren. Perspektiven für Städte mit prekären ökonomischen Rahmenbedingungen müssen diese Potentiale in Entwicklungskonzepte einbeziehen. Dies gilt nicht nur für die hier thematisierte Kleinstadt, sondern betrifft eine Vielzahl von deutschen Städten, deren Prognose „schrumpfende Stadt“ lautet.² Damit steht die Frage im Vordergrund, inwiefern die spezifischen Beziehungsqualitäten von (Klein-) Stadtbewohnern einschließlich der lokalen Eliten eine Basis für Entwicklungen bieten, die nicht primär von ökonomischen Kalkülen bestimmt sind, und welche Aussagen das Sozialkapitalkonzept ermöglicht.

Für die Konzeption des Beitrages werden

zunächst drei Schwerpunkte entwickelt, die mit den Stichworten „schrumpfende Stadt“, „Sozialkapital“ und „Kleinstadt“ gekennzeichnet sind. Eine Besonderung ist der Untersuchungsgegenstand: Kleinstädte werden von der deutschen Stadtforschung normalerweise nicht thematisiert. Damit wird jedoch die siedlungsstrukturelle Spezifik der deutschen Städte und Stadtregionen verfehlt und einer wichtigen Eigenschaft ostdeutscher Städte bisher nicht Rechnung getragen: Städte und auch Stadtregionen in Deutschland sind überwiegend klein- und mittelstädtisch geprägt. Das trifft insbesondere auf Ostdeutschland zu.

Die deutsche Stadtsoziologie bezieht ihre Erkenntnisse bisher überwiegend aus Forschungen in der und über die Großstadt (Hannemann 2002). Entwicklungschancen lassen sich nicht nur allgemein nach Region und Stadt differenzieren, sondern es ist offensichtlich, daß der Siedlungstyp, und damit auch der Stadttyp, zunehmend entscheidend für die Spezifik von Perspektiven wird. Nach einer ausgeprägten Phase der Angleichung der Lebensverhältnisse von Stadt und Land werden infolge von Globalisierung und Transformation nicht nur regionale, sondern auch lokale Differenzierungen wieder bedeutender. Die lokale und regionale Inzidenz globaler und nationaler Entwicklungstrends zeichnet sich bekanntlich durch eine große Variabilität aus; zumal die regionalen und lokalen Strukturen Deutschlands stark differieren. Dies betrifft besonders die Differenz von verdichteten und peripheren Regionen; die Zunahme räumlicher Disparitäten wird inzwischen nicht mehr nur als „Problem“ klassifiziert, sondern neuerdings alarmierend als „Gefahr“ für eine ausgewogene, gleichwertige Raumentwicklung gewertet.

Hier bietet das ostdeutsche Städtesystem interessante Anknüpfungspunkte: Insbesondere die zahlreichen Kleinstädte der neuen Länder

sind neben den DDR-Industriestädten oder den neuen Makrostädten wie Berlin, Schwerin oder Dresden eine siedlungsstrukturelle Besonderheit Ostdeutschlands. Da sie im Windschatten der staatlich geplanten Entwicklung der DDR lagen, konnten sie vielfach ihre historische Altstadt erhalten und blieben – zumindest in ihrem Kern – vom industriellen Wohnungsbau verschont. Es gibt in Deutschland nur wenige Städte, die eine solche Kontinuität wirklicher und nicht disneyfizieller Geschichte zeigen. Sie könnten deshalb angesichts ihrer städtebaulichen und landschaftlichen Qualität Orte hoher Lebensqualität sein. Ihre derzeitige und künftige Rolle bedarf aber dringend einer Neudefinition, um den Verlust eines wichtigen Kulturguts zu verhindern.

Mit der Thematisierung dieses Siedlungstyps wird auch eine Fortentwicklung des erst in Ansätzen vorhandenen Konzepts der schrumpfenden Stadt angestrebt. Denn dieser Prozeß tritt in den ostdeutschen Kleinstädten besonders deutlich in Erscheinung. Mögliche Lösungsstrategien könnten für alle betroffenen Städte und Regionen – strukturschwache Räume existieren ebenfalls in den alten Ländern –, auch anderer Größenordnung, Relevanz haben. Die zunehmend disparaten Verwerfungen Deutschlands künden von einer Entwicklung, die umfassender und tiefgreifender wirkt, als daß sie weiterhin als Ost-West-Problem bezeichnet werden könnte. Dafür sprechen vor allem die Tendenzen der gesamtdeutschen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung.

1.2. Kleinstädte

Klein- und Landstädte in der beschriebenen Struktur sind keinesfalls Einzelfälle, sondern prägen, anders als in der alten Bundesrepublik, in hohem Maße die Siedlungsstruktur der neuen Bundesländer. Eine Konzentration von Kleinstädten tritt in der Region Chemnitz auf, Kleinstadthäufungen gibt es rund um die Ballungsräume von Berlin und Leipzig. In den ländlich geprägten Gebieten Nordostdeutschlands (Mecklenburg-Vorpommern und Nordbrandenburg) sind die Kleinstädte relativ gleichmäßig gestreut und prägen die Siedlungsstruktur, da Groß- und Mittelstädte weitgehend fehlen.

Eine allgemein gültige fachliche Definition der Kleinstadt gibt es bisher nicht. In den westlichen Bundesländern rechnet man Gemeinden

zwischen 10.000 und 25.000 Einwohnern diesem Stadttyp zu, wobei die Grenze nach unten fließend ist. Für die neuen Bundesländer kann diese quantitative Klassifizierung nicht übernommen werden, weil hier zahlreiche Kleinstädte weniger als 10.000 Einwohner haben. Viele Kleinstädte haben ca. 6.000 Einwohner. Unter einer Kleinstadt in Ostdeutschland wird daher im folgenden ein Gemeindetyp verstanden (vgl. auch Schäfer u.a. 1992, S. 33), der:

- bis etwa 15.000 Einwohner zählt;
- hinsichtlich Stadtgrundriß, Bebauungs- und Sozialstruktur städtisch geprägt ist;
- zentralörtliche Funktionen mindestens der unteren Stufe wahrnimmt;
- in aller Regel eine lange Tradition, häufig seit dem Mittelalter, des Stadtrechts hat; und
- in der Regel nicht Kreissitz ist.

Ostdeutsche Kleinstädte weisen eine besondere Problemlage auf: Weil die DDR hier kaum Investitionen vornahm, war die Situation vor der Wende mit verfallener Bausubstanz, Leerstand und hohem Investitionsbedarf besonders schwierig. Auch nach der Wende führten fehlendes Eigenkapital und verstärkter Neubau außerhalb der Kleinzentren zur weiteren Vernachlässigung. Die häufig einseitige Ausrichtung der Wirtschaftsstruktur auf Landwirtschaft, einen Industriebetrieb, einen Militärstandort oder einen Verwaltungssitz führte mit der Wende zum weitgehenden Verlust der wirtschaftlichen Basis, zu hoher Arbeitslosigkeit und starker Abwanderung. Trotz einiger Besonderheiten spiegeln Kleinstädte alle Merkmale postsozialistischer Stadtentwicklung (vgl. Hannemann 2000).

2. Stadtentwicklung in Ostdeutschland

2.1. Faktoren der Stadtentwicklung in Ostdeutschland

Die Stadtentwicklung in Ostdeutschland läßt sich anhand von vier Faktoren explizieren: Deindustrialisierung, Bevölkerungsrückgang, Sub- bzw. Desurbanisierung und Rückbau der Infrastruktur.

Der allgemein etablierte Begriff „Deindustrialisierung“³ trifft das ganze Ausmaß des wirtschaftlichen Abbaus und die daraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit jedoch nur unzureichend: Die De-LPG-isierung (Dekollek-

tivierung der Landwirtschaft) und die De-Militarisierung sind gleichermaßen Prozesse mit erheblichen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Städte in Ostdeutschland.⁴ Zu diesen Entwicklungen gehört auch, allerdings in weitaus geringerem Maße, der Abbau der administrativen Institutionen der DDR. Die De-Administrierung betrifft z.B. den Statusverlust als Kreisstadt, den insbesondere Kleinstädte hinnehmen mußten.⁵

Der Bevölkerungsrückgang resultiert aus der Abwanderung der jungen, qualifizierten Bevölkerung in die alten Bundesländer, vorwiegend als Erwerbswanderung, und dem Rückgang der Geburtenrate. Die mit der Suburbanisierung bzw. Desurbanisierung verbundenen Prozesse führen zunehmend zu einer Fragmentierung ostdeutscher Städte und vor allem der Stadtregionen. Sie zerfallen in mehr oder weniger zusammenhängende Teilgebiete. Außerdem gibt es eine Tendenz zur Verlagerung regionaler Dominanzen in städtische Randgebiete mit der Folge der Innenstadtverödung. Verschärft wird diese Ausdünnung kompakter Siedlungskerne durch den Rückbau der sozialen Infrastruktur. Dies zeigt sich z.B. am Abbau von Hortplätzen, Bibliotheken oder auch an der fehlenden Anbindung an den öffentlichen Verkehr.

Neben diesen „ost-spezifischen“ Faktoren hat sich auf gesamtdeutscher Ebene die Disposition von Stadtentwicklung als Grundlage der Stadtplanung verändert. Grundlage der Stadtplanung in der alten Bundesrepublik wie auch in der DDR war bisher das fordistische Wachstumsmodell, d.h. die grundsätzliche Verfügbarkeit von Erwerbsarbeit, Vollbeschäftigung, basierend auf industrieller Massenproduktion, Wohlstandswachstum und Tarifautonomie. Für die Stadtentwicklung betrifft dies vor allem die Veränderung der grundsätzlichen Annahmen:

- ständiges Wachstum der Bevölkerung,
- Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen bzw. der Arbeitsplätze,
- Notwendigkeit des kontinuierlichen Wohnungsneubaus.

2.2. Fazit: Schrumpfende Städte

Auf den Punkt gebracht: Ostdeutsche Städte „schrumpfen“, und dies im Kontext allgemein veränderter Rahmenbedingungen für Stadtentwicklung. Deshalb soll an dieser Stelle eine kurze Übersicht und Bewertung des For-

schungsstandes zum Problemkreis „Stadt und Schrumpfung“ gegeben werden. Zunächst fallen bei der Durchsicht der (bisher) spärlichen Literatur die wiederholte Betonung der politischen und fachlichen Probleme bei der Bearbeitung der für viele große Städte Deutschlands seit den 70er Jahren konstatierten Entwicklung des „Schrumpfens“ auf. Die deutsche Stadtforschung hat bisher nur wenige theoretische Erklärungsversuche für diesen, auch empirisch-systematisch nur in Ansätzen erforschten, urbanen Rückbildungsvorgang anzubieten.

Ende der 80er Jahre haben Hartmut Häußermann und Walter Siebel in einem Aufsatz „Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie“ die Strukturveränderungen der Städte, Deindustrialisierung und Tertiärisierung quantitativ und qualitativ empirisch untersucht. Dabei wurde das Phänomen des Schrumpfens vor allem für die alten Industriestädte deutlich herausgearbeitet (Häußermann/Siebel 1988). Schrumpfung ist demnach ein Resultat des Übergangs von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft mit neuen elektronischen Technologien. Exemplarische Regionen sind etwa die englischen Midlands, der sog. Rustbelt in den nordöstlichen Staaten der USA oder in Deutschland besonders das Ruhrgebiet (vgl. Häußermann 1992).

An diese Beobachtung schlossen Häußermann und Siebel die Frage an, unter welchen Voraussetzungen diese Wachstumsdefizite in eine Strategie der Verbesserung der Lebensverhältnisse in den strukturschwachen Städten gewendet werden können. Diese Problemformulierung war damals politisch nicht vorstellbar. Sie löste gerade in den seinerzeit im Blickfeld stehenden westdeutschen Städten „mehr Beschimpfungen als Nachdenken aus“, wie der Bremer Stadtsoziologe Thomas Krämer-Badoni in seiner Einleitung zur Tagung „Das Verschwinden der Städte“ vom November 1996 konstatierte (Tagungsbericht 1997, S. 4). Und er ergänzte, diese Gedanken seien bis heute nicht diskussionsfähig. Das Problem der Tabuisierung des Schrumpfens von Städten wird auch durch die Feststellung von Karl Ganser, dem Leiter der IBA Emscherpark im Ruhrgebiet verdeutlicht: In Regionen ohne Wachstum würde zum Scheinwachstum gegriffen. Deshalb sei zu fragen, ob in Regionen ohne Wachstum der „Griff zum Scheinwachstum“ durch ein „ande-

res Wachstumsmodell“ abgelöst werden könne. Ganser resümiert: „Wandel ohne Wachstum ist bislang kaum vorstellbar, in der Theorie auch wenig ausformuliert und politisch-praktisch kaum mehrheitsfähig“ (ebd., S. 11).

Dieses letzte Zitat bezeichnete bisher weitgehend den Stand der Forschung. Bis vor kurzem war dieses Thema politisch, vor allem kommunalpolitisch, nicht „verkaufbar“. Seine wissenschaftliche Thematisierung stagnierte. Schrumpfungen und Schrumpfungsprozesse werden im sozialwissenschaftlichen Diskurs der Moderne nicht thematisiert. Zur Zeit deutet sich ein Perspektivenwechsel an, die Forschung zu diesem neuen Entwicklungspfad von Städten etabliert sich mit rasender Geschwindigkeit. Dies allerdings bisher in einer starken Vereinfachung, die nunmehr auf dem nicht mehr zu ignorierenden drastischen Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern beruht. Zusammenfassend folgt die Debatte folgender Formel: Bevölkerungsrückgang = Leerstand = „Platte“ = Rückbau (Abriß).

3. Theoretische Überlegungen zu einem neuen Muster der Stadtentwicklung

3.1. Die Suche nach Alternativen: Endogene Potentiale und Sozialkapital?

Insbesondere steht dabei die Frage nach den Chancen von Schrumpfungen im Vordergrund: Auf der Suche nach Alternativen greift man in der Forschung auf Konzepte zurück, die die Individualität von regionaler und lokaler Kultur als Entwicklungsperspektive betonen. Daß die besondere regionale oder lokale Kultur ein Potential für die ökonomische Entwicklung sei, ist in der regionalökonomischen bzw. -soziologischen Diskussion der letzten Jahre immer wieder hervorgehoben worden. Während im Gefolge der Modernisierungstheorie bei der Untersuchung regionaler oder lokaler Strukturen die Anpassungsprozesse an den Mainstream im Vordergrund standen, werden heute im Gegensatz dazu die regionalen und lokalen Besonderheiten bzw. die abweichenden Elemente einer regionalen Kultur als Entwicklungsvorteil oder auch -hemmnis hervorgehoben⁶ (vgl. z.B. Kujath 1998).

Diese neue Bedeutung von ‚regionaler‘ bzw. ‚lokaler Kultur‘ wird begründet mit einem

Wandel des Entwicklungspfades moderner Gesellschaften. Mit inzwischen veränderten Weltmärkten, wachsender internationaler Verflechtung, an deren Akkumulationsstrategien auf der Basis neuer Technologie und sichtbar gewordener Grenzen der Naturausbeutung erweist sich die Reichweite des industriegesellschaftlichen Entwicklungstypus inzwischen als historisch und räumlich begrenzt. Seine zentrierenden und vereinheitlichenden Tendenzen werden immer mehr von sozialen und regionalen Differenzierungen abgelöst. Da Leistungsfähigkeit und ökonomischer Erfolg einer Region in den industriellen bzw. post-industriellen Gesellschaften immer weniger von ihren unmittelbaren physischen Ressourcen abhängen, werden andere Qualitäten wichtiger, die man pauschal als „regionale Kultur“ bezeichnen kann. Damit sind normative Orientierungen, Verhaltensweisen, Umgangsformen, Qualifikationen und z.B. die Art industrieller Beziehungen gemeint, die für eine Region „typisch“ sind und in denen sich trotz nivellierender Tendenzen in der Industrialisierungsepoche Traditionsbestände erhalten haben, die unter veränderten Umweltbedingungen eine neue Bedeutung erfahren (vgl. Piore/Sabel 1985). Weil dies so ist, mehrten sich Versuche, regionale Identitäten neu zu entdecken oder gar neu zu konstruieren.

Nicht die „Aufholjagd“ ist Leitlinie einer erfolversprechenden Regional- oder Kommunalpolitik, sondern das „Besonders-Sein“ – im Städtewettbewerb ist das deutlich zu beobachten. Der Habitus und die Mentalitäten der Menschen sowie eingespielte soziale Beziehungen werden zu einer Qualität des Raumes, die auch für den ökonomischen Erfolg entscheidend ist. „Wirtschafts- und arbeitskulturelle Unterschiede“ zeigen sich einerseits in einem stärker personenbezogenen, individualistischeren und andererseits in einem mehr gruppenbezogenen, kollektivistischeren „Seins- und Gesellschaftsverständnis“ (Miegel u.a. 1991, S. 119).

Man kann gegen eine derartige Orientierung an singulären Qualitäten bei der Erklärung regionaler Disparitäten sofort einwenden, daß die Wirtschafts- und Beschäftigungslage einer Stadt oder Region sicher stärker von den Investitionsentscheidungen der Unternehmen abhängt als von der mentalen Ausstattung der dort lebenden Individuen und daß mit der Feststellung von Korrelationen noch nichts über Kau-

salitäten gesagt ist – aber aus zwei Gründen darf man es sich wohl doch nicht so leicht machen: Zum einen ist die Persistenz verschiedener regionaler „Kulturen“ ausdrücklich nicht bzw. keineswegs vollständig auf ökonomisch-strukturelle Faktoren zurückzuführen; zum anderen kann eine Argumentation, in der einer Region und der in ihr lebenden Bevölkerung nicht nur Verantwortung, sondern auch Entscheidungsfreiheit über mögliche Zukünfte zurückgegeben wird, gerade heute mit erhöhter Aufmerksamkeit rechnen, und sei es nur deshalb, weil andere Rezepte nicht mehr greifen – vorausgesetzt, es handelt sich tatsächlich um Entscheidungsfreiheiten und nicht nur um das Abschieben von Verantwortung („blaming the victim“; vgl. Häußermann/Hannemann 1999).

Ein derartiger Forschungsansatz unterstützt somit die These von der Existenz lokal spezifischer Kulturen, die als endogenes Potential für wirtschaftliche Entwicklung wirken können. Hintergrund ist die Überlegung, daß soziale Komponenten für die Lösung der lokalen Problemsituation eine größere Rolle spielen als bisher angenommen. Solche Kulturen können identifiziert werden an Wahrnehmungen, Bewertungen und habituellen Praktiken von Stadtbewohnern, an den lokalen Eliten und an Struktur und Orientierung der Assoziationsverbünde. Die Idee einer Analyse der lokalen Kultur beruht auf der durch die neuere Forschung begründeten Annahme, daß soziale Beziehungen und Netzwerke für die Existenzsicherung einer Stadt und ihre mögliche Entwicklung bedeutsam sind. Selbst in der Volkswirtschaftslehre verfolgt eine bedeutsame Forschungsrichtung die Theorie von Wachstumsgewinnen durch „good policy“. Wesentlichen Anteil daran haben das Aufkommen und die wachsende Popularität der sogenannten „Neuen Wachstumstheorie“ seit Ende der 80er Jahre. Unter dem Titel „Neue Wachstumstheorie“ oder „Endogene Wachstumstheorie“ wurden dutzendweise mathematische Wirtschaftsmodelle entwickelt, in denen die gleichgewichtige Wachstumsrate des Sozialprodukts endogen bestimmt, d.h. anhand grundlegender Parameter der Modelle ausgedrückt, wird. Die neoklassische Wachstumstheorie der 60er Jahre erkannte, daß nicht Kapitalakkumulation, sondern technischer Fortschritt Quelle dieses Wachstums ist. Nunmehr

entwickeln auch Ökonomen formale Modelle, die die Ursachen technischen Fortschritts durch „good policy“ thematisieren. Humankapitalakkumulation und zielgerichtete Forschungsarbeit stehen im Zentrum der Neuen Wachstumstheorie.

Die Neue Wachstumstheorie hat aus zwei Gründen für ein so großes Aufsehen unter Ökonomen gesorgt. Erstens, weil das endogene Berechnen von Wachstumsraten ein Unterfangen ist, an dem die hervorragenden Wachstumstheoretiker der 60er und 70er Jahre um Nobelpreisträger Robert Solow vom Massachusetts Institute of Technology gescheitert waren. Außer den klassischen Determinanten des Wachstums – Kapital, Arbeit und technischer Wandel – wird zweitens der Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung und Politik in diese Theorie einbezogen.

3.2. Das Sozialkapital-Konzept

Wie können regionale Kulturen untersucht und beschrieben werden? Dazu kann man das Sozialkapital-Konzept heranziehen. Es entstand im Kontext der gesellschaftstheoretischen Debatte über die Zukunftsfähigkeit von „Gesellschaft“ seit den 80er Jahren und ist ein Konzept, dessen disziplinübergreifende Verwendung vor allem durch Sozial-, Raum-, Planungs-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften diskutiert wird. Das führt natürlich zu unterschiedlichen Perspektiven und Inhalten. Es hat sich aber inzwischen so etwas wie ein Konsens in der inhaltlichen Bestimmung dessen herausgebildet, welche inhaltlichen Implikationen in der hier im Vordergrund stehenden sozialwissenschaftlichen Diskussion mit dem Begriff „Sozialkapital“ verbunden werden. In den Sozialwissenschaften sind insbesondere die Studien von Robert Putnam (z.B. Putnam 1993) breit rezipiert worden. Er bewirkte mit seinen Arbeiten die zunehmende Akzeptanz und Popularität dieses Konzepts im englischsprachigen und dadurch nun auch im deutschsprachigen Raum.

Mit seinem Konzept zum Sozialkapital lenkt Putnam den Blick auf nichtökonomische, kulturelle Faktoren wirtschaftlichen Handelns und auf die von Politik nicht zu erzeugenden, aber in Anspruch genommenen moralischen Ressourcen des Gemeinwesens. Die Argumentation Putnams stützt sich auf Arbeiten von Alexis

de Tocqueville aus dem 19. Jahrhundert (insbesondere „Democracy in America“, 1835), für den die Vielzahl freiwilliger Vereine und Verbände das Herzstück einer funktionierenden Demokratie war, weil in diesen Assoziationsverbänden die zivilen Tugenden der BürgerInnen gefördert und entwickelt werden. Tocqueville war es, der den Erfolg der Demokratie in den USA ursächlich mit der Tatsache des zivilen Engagements der US-AmerikanerInnen in Verbindung brachte.

Hintergrund der Überlegungen von Putnam zur Bedeutung von „Sozialkapital“ sind seine Analysen zur Implementation einer Reform der Kommunalpolitik in Italien. In seiner als regionale Vergleichsstudie konzipierten Arbeit versucht Putnam zu erklären, warum nach der Reform regionaler Verwaltungsinstitutionen in Italien Anfang der 70er Jahre diese große Differenzen in Effektivität und Funktion aufweisen. Die unterschiedlichen Erfolge lassen sich nicht mit klassischen modernisierungstheoretischen Argumentationen erklären, so Putnam. Obwohl Italien bekanntlich durch ein regionales Nord-Süd-Gefälle charakterisiert ist, führt er die unterschiedlichen Erfolge der Regionen auf die Differenzen in „ziviler Tugend“ als entscheidendem Erklärungsphänomen zurück: Eine Summe bürgerschaftlicher Qualitäten und Tugenden, die allerdings räumlich ungleichmäßig verteilt sind, erklärten nach Putnam regionale Unterschiede im Erfolg der Kommunalreform in Italien. So verbessern Normen und Netzwerke des Zivilengagements – das Putnam später „Sozialkapital“ nennt – Bildung, verringern Armut, befördern die politische Kultur des Gemeinwesens. Umgekehrt führt Mangel an Sozialkapital zu sozialen, ökonomischen und politischen Mißständen. Wichtige Indikatoren dafür sind Wahlbeteiligung, Anteil der Zeitungsleser in der Bevölkerung, Mitarbeit in ehrenamtlichen Organisationen, Teilnahme an Nachbarschaftstreffen. Sozialkapital wird definiert als „Merkmale der sozialen Organisation wie Vertrauen, Normen und Netzwerke, die die Effizienz einer Gesellschaft verbessern können, indem sie koordinierte Aktionen ermöglichen“ (Putnam 1993, 167). Sozialkapital entwickelt sich auf der Grundlage von Vertrauen und Kommunikation. Es bilden sich dadurch zwischenmenschliche Kontakte heraus, aus denen schließlich soziale Bindungen wachsen,

welche den Zusammenhalt von Gesellschaft ermöglichen. Putnam faßt seine Untersuchungen in einem eingängigen Fazit zusammen: „Good government in Italy is a by-product of singing group and soccer clubs“ (ebd., 176). Im Unterschied zu anderen Kapitalformen ist Sozialkapital nach Putnam nicht an einzelne Akteure gebunden, sondern *resultiert aus den Beziehungen zwischen den Akteuren*.⁷

Claus Offe, der in einem Aufsatz von 1999 begriffliche Probleme und Wirkungsweise von Sozialkapital diskutiert, bezeichnet dieses als „sozialmoralische Ressource, eine in den kulturellen Traditionen und alltäglichen Routinen und Gewohnheiten verankerte Disposition, die lokalen, regionalen und nationalen Gesellschaften bzw. Ausschnitten derselben zur Verfügung steht“ (Offe 1999, S. 114). Gleichzeitig kritisiert er den Begriff „Sozialkapital“ als „irreführende Metapher“ (ebd., S. 117), da wichtige semantische Implikationen, die „Kapital“ suggeriert, d.h. auf monetären Prozessen beruhende Inhalte (Stichworte: Eigentumsrechte, Gelderträge, Investitionen und Abschreibungen) gerade nicht gemeint sind. Statt dessen schlägt er den Begriff „Sozialvermögen“ vor. Seine Kritik ist, soweit ich das bis zum heutigen Zeitpunkt erkennen kann, akzeptiert, trotzdem wird der Begriff „Sozialkapital“ weiter verwendet.

Im Kontext dieser Überlegungen ist ein anderer Gedanke Offes weiterführend: Er unterscheidet kommunale von zivilgesellschaftlichen Erscheinungsformen von Sozialkapital bzw. von „Sozialvermögen“ (ebd., S. 115f.). Bei ersteren beschränken sich Kooperations- und Solidarnormen auf eine bestimmte Gemeinschaft; im Falle letzterer wird der Geltungsbereich über eine wie auch immer geartete Eigengruppe hinaus ausgeweitet, so daß die entsprechenden universalistischen „zivilgesellschaftlichen Dispositionen“ (ebd., S. 115) Brücken zwischen sozialen Gruppen schlagen können.

Auch andere Autoren differenzieren den Sozialkapital-Begriff, indem unterschiedliche Bezüge zu verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen und Bereichen hergestellt werden. Insbesondere die unterschiedliche Bedeutung von Sozialkapital als individueller Ressource und kollektivem Gut wird dabei thematisiert. Für solche unterschiedlichen Bedeutungen hat z.B. Hartmut Esser die Begriffe „Beziehungskapital“ bzw. Systemkapital vorgeschlagen (Esser 2000,

S. 241), was sicherlich zu einer deutlicheren Unterscheidung von Mikro- und Makroebenen beiträgt. Es gibt offensichtlich Sozialkapital-Bezüge, die gesamtgesellschaftlich wirken. Und es gibt Erscheinungsformen von Sozialkapital, die sich räumlich gesehen auf lokale Zusammenhänge beziehen. An dieser Stelle kann eine stadtsoziologische Analyse „andocken“, in dem die Frage *nach dem Ort* von Sozialkapital auf existierende Siedlungsstrukturen bezogen und dadurch konkretisiert wird. Die räumliche Mikroebene einer Zivilgesellschaft ist unmittelbar an lokale Identität geknüpft. Damit rücken städtische Strukturen als wichtigste lokale Konzentrationsform in den Fokus der Überlegungen.

4. Empirische Befunde: Erste Ergebnisse aus einem aktuellem Forschungsprojekt

Das Forschungsprojekt: „Kleinstädte in Ostdeutschland – welche Zukunft hat dieser Stadttypus?“, finanziert von der Fritz Thyssen-Stiftung, hat sich zum Ziel gesetzt, Entwicklungspotentiale dieses Siedlungstyps trotz seiner ökonomisch prekären Situation zu untersuchen. Das Projekt läuft seit dem 1.1.2000 und ist Anfang 2002 abgeschlossen. Bisher wurden folgende Arbeitsschritte realisiert:

- Bestimmung des Untersuchungsraums⁸,
- Analyse der in diesem Raum vorhandenen Kleinstädte, ihrer jeweiligen Situation und Besonderheiten,
- Auswahl der vier Untersuchungsstädte,
- Kontaktaufnahme,
- Erarbeitung von Städteprofilen für die untersuchten Kleinstädte,
- Realisation der Schlüsselpersoneninterviews,
- Repräsentative telefonische Haushaltsbefragung (n = 1863), die von einem externen Institut umgesetzt wurde,
- Auswertung der empirischen Untersuchungsergebnisse.

Die nachfolgenden Aussagen zum Sozialkapital basieren auf den bisher realisierten und ausgewerteten Untersuchungsschritten. Als Schlüsselpersonen wurden solche Personen definiert, die zu den lokalen Eliten gehören oder von unseren Kontaktpersonen als wichtige informelle Personen im öffentlichen Leben der Kleinstadt benannt wurden.⁹ So wurden nicht, wie

sonst üblich, die Funktionselite und die offiziellen städtischen Akteure interviewt, sondern auch Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund ihrer persönlichen Einstellung aktiv an der Stadtentwicklung beteiligt sind. Wir konnten 48 Interviews realisieren, auf der Basis eines standardisierten Gesprächsleitfadens.

Schon die soziologische Analyse der Personengruppe, die durch diese Methode begründet wurde, gibt Hinweise auf Sozialkapital in Kleinstädten. Offensichtlich sind es die 45- bis 60-jährigen BürgerInnen, die sich für die Stadtentwicklung engagieren. Die Tatsache, daß es sich überwiegend um männliche Personen handelt, verweist auf gut funktionierende Partnerschaften. Fast alle Schlüsselpersonen sind verheiratet, und die Frauen halten, ganz klassisch, den Männern „den Rücken“ frei. Fast alle Interviewten waren zur DDR-Zeit nicht in der Stadtpolitik aktiv. Nur wenige waren vor der Wende in der SED oder in einer der Blockparteien. Erst die Ereignisse der Wende motivierten zum Einstieg in die Kommunalpolitik: „Weil man endlich selber etwas tun wollte“; „Weil es sonst die Falschen machen“; „Weil man sich verantwortlich für die Stadt fühlt“. Viele der Stadtaktiven waren zwar nicht in der DDR-Bürgerbewegung aktiv, sie gehören jedoch zu den Menschen, die den gesellschaftlichen Wandlungsprozeß in ihrer Stadt durch ihr Engagement vorangetrieben haben. Der Berufsstatus weist die Stadtaktiven überwiegend als selbständige Gewerbetreibende, Angestellte der Stadtverwaltung und Führungskräfte von Betrieben aus. In drei der untersuchten Städte wurde auch dem jeweiligen Vertreter der Kirche eine wichtige Rolle zugeschrieben.

Alle Stadtaktiven haben eine ostdeutsche Biographie. Mehr als die Hälfte wohnt lange bis sehr lange in der Stadt; zum Teil leben die Familien der Befragten schon seit mehreren Generationen hier. „Westimporte“ gibt es in den untersuchten Kleinstädten fast gar nicht, und wenn, dann sind sie in der Verwaltung beschäftigt. Einige sind zwischen den 60er und 80er Jahren aus beruflichen Gründen in den untersuchten Kleinstädten ansässig geworden. Fünf der Stadtaktiven wohnen heute nicht mehr unmittelbar in den Untersuchungsstädten. Sie sind mit ihren Firmen nach der Wende ins Umland gewandert.

Daraus resultiert eine ausgeprägte Heimat-

verbundenheit, die, wie fast alle ExpertInnen betonten, einen räumlichen Bezugspunkt mit zwei Koordinaten hat: Stadt und Landschaft. Sehr stolz ist man in den kleinen Städten auf deren Geschichte. Viele Vereinsaktivitäten beziehen sich, neben den dominierenden Sportvereinigungen, folglich darauf. Sei es als Heimatverein oder als Verein zur Vorbereitung der traditionellen jährlichen Stadtfeste wie Hechtfest oder Strandfest. Es sind vor allem die Vereine, die das öffentliche Leben der Stadt tragen und überhaupt erst ermöglichen. Kein Stadtexperte, der nicht Mitglied in einem stadtrelevanten Verein ist. Sportverein und Freiwillige Feuerwehr führen dabei die Liste an. Viele ExpertInnen sind mehrfach aktiv, z.B. als Mitglied von Vereinsvorständen, als Stadtverordnete und Gewerbetreibende.

Weitere spezifische Erkenntnisse für kleinstädtisches Sozialkapital bieten folgende Aspekte: Es gibt eine starke Kontinuität des Engagements in der Stadtpolitik – kontinuierlich seit der Entstehung der neuen städtischen Machtstrukturen; dies gilt auch für die jeweilige „Stadtopposition“. Des weiteren haben die Stadtaktiven stabile Erfahrungen und bewährte Beziehungen aus der gemeinsamen DDR-Vergangenheit. In ihrer Selbstbeschreibung wird überwiegend ein starker Stadtbezug hergestellt: „Ich bin ein richtiger X-städter“. Es gibt eine eingetübte Rollenverteilung, d.h. die Zuständigkeiten z.B. für Problemlösung, Außendarstellung, Stadtgeschichte und auch „Opposition“ sind genau verteilt. Reibungs- und Zeitverluste durch Kompetenzstreitigkeiten und Profilierungsbemühungen treten wenig auf. Aufgrund der spezifischen kleinstädtischen Strukturen existiert eine hohe Informationsdichte – Gerüchte und Klatsch eingeschlossen. Stadtrelevante Handlungen haben eine breite, unmittelbare Öffentlichkeit und unterliegen der direkten Diskussion. Die Stadtaktiven werden jederzeit im öffentlichen Raum von den Bürgerinnen und Bürgern mit ihren Meinungen konfrontiert und müssen sich erklären. Da die Stadtakteure einen konsequent lokalen Orientierungsradius haben, sind die Kontaktnetze relativ fest geknüpft. Ihre Beziehungen sind von gegenseitigem Vertrauen geprägt, man weiß auch um die Schwächen und Defizite des anderen.

Da vier Städte untersucht werden, schließt

dies die Frage nach Unterschieden ein. Das kann an dieser Stelle noch nicht ausgeführt werden, jedoch sind die Stadtaktiven unterschiedlich erfolgreich in ihren Strategien zur Stadtentwicklung: Alle genannten Aspekte von Sozialkapital sind in der ökonomisch erfolgreichsten Stadt stark ausgeprägt. Umgekehrt gilt: In der Untersuchungsstadt, wo sich die wirtschaftliche Situation sehr negativ darstellt, sind die Aspekte von Sozialkapital am niedrigsten ausgeprägt.

Aus den bisherigen Untersuchungsergebnissen kristallisieren sich folgende Indikatoren heraus, die das Leben in den Kleinstädten prägen und einen Bestimmungsfaktor für strategisch endogene Entwicklung darstellen können:

1. Vereine: Diese Art, sich in der Freizeit zu organisieren und zu engagieren, findet in den Kleinstädten großen Zuspruch. Gibt es ein Engagement außerhalb des Erwerbslebens und des Privatlebens, beschränkt sich dieses, bis auf wenige Ausnahmen, auf das Vereinsleben. Die Vereine sind Ausdruck der gemeinschaftlichen Interessen der BürgerInnen in den Kleinstädten. Dies äußert sich in der Dominanz der Sport-, Garten-, Kleintierzucht- und Schützenvereine. Stadtpolitische und kulturelle Belange werden in Vereinen zusammengeführt, die sich mit der Heimatgeschichte, dem Tourismus und/oder der Organisation von Heimatfesten beschäftigen. Die Vereine in den Kleinstädten bedienen nicht nur die Nachfrage nach Aktivitäten, sondern schaffen darüber hinaus ein Wir-Gefühl. Sie sind das nach außen wenig sichtbare „öffentliche Leben“ der Stadt. Das Vereinsleben erhöht den Bekanntheitsgrad und stärkt die Netzwerkstrukturen unter den KleinstädterInnen. Durch eine relativ gute Vernetzung von Stadtverwaltung und Vereinen können trotz der beschränkten finanziellen Möglichkeiten der Stadt vielfältige Freizeitmöglichkeiten geschaffen werden, indem die Stadt den Vereinen Räumlichkeiten und Mittel zur Verfügung stellt oder auch immaterielle Unterstützung leistet, z.B. Hilfe bei der Beantragung von Fördermitteln oder Wissen für die Organisation bestimmter Aktivitäten und Veranstaltungen. Durch diese Art der Zusammenarbeit von Stadt und Vereinen ist es möglich, Beiträge niedrig zu halten und somit auch Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger u.a. ins Vereins- und Stadtleben zu integrieren. Der Grad der Isoliertheit wird gering gehalten.

2. Informelle Netzwerke: Aus der Größe und Überschaubarkeit der Kleinstädte und der fehlenden Anonymität entwickeln sich eigene Formen und Strukturen im Umgang der Menschen miteinander. Auf der Basis des Bekanntheitsgrades miteinander (häufig über Generationen oder seit dem Kindergarten) und häufiger Begegnungen findet ein unmittelbarer Austausch über Geschehnisse und Neuigkeiten statt. Die politisch Verantwortlichen und die Bevölkerung treffen im Alltag aufeinander und können auf informellen Wegen ihre Interessen und Kritik austauschen. Darüber hinaus fördern kleinstadt-spezifische Kulturen Hilfsbereitschaft untereinander, die in der unmittelbaren Nachbarschaft, im Freundeskreis, beim Hausbau, bei Umzügen und gegenüber älteren Menschen zum Ausdruck kommen. Es gibt einen ausgeprägten informellen, nichtmonetären Leistungsaustausch.

3. Einen dritten Schwerpunkt bildet die Identifikation mit der eigenen Stadt, ihren (historischen) Gebäuden und eigenem Flair. Dies geht einher mit einem ausgeprägten Verantwortungsbewusstsein, das das Handeln der engagierten Bürger prägt. In den untersuchten Städten ist die Grundlage für eine endogene Entwicklungsstrategie durch dieses hohe Identitätspotential angelegt. Durch das Bewusstsein von Stärken und Defiziten versucht man Lösungen zu finden, die die Entwicklung der Stadt fördern. In bezug darauf wurden Leitlinien und Ziele erarbeitet, denen man sich langsam zu nähern sucht. Wichtigste Komponenten sind dabei die Ansiedlung von Arbeitsplätzen sowie die Landschafts- und Stadtästhetik.

In den untersuchten Kleinstädten lassen sich lokale Kulturen beschreiben, die jenseits einer sozio-ökonomischen Betrachtungsweise Entwicklungspotentiale darstellen. Das ist die Gesamtheit der kleinstadt-spezifischen Kulturen, die die Lebensqualität bestimmen (Überschaubarkeit, fehlende Anonymität, Freizeitangebot, fehlende soziale Brennpunkte) und spezifizierend das Sozialkapital, welches sich im Vereinsleben, in den informellen Netzwerken und der lokalen Identität widerspiegelt. Diese Indikatoren sind nutzbare endogene Potentiale, die die Entwicklung der Kleinstädte und ihrer Umgebung trotz geringem wirtschaftlichen Potential, geringer Bevölkerungsdichte und peri-

pherer Lage positiv beeinflussen (können). Die bloße Existenz kleinstadt-spezifischer Kulturen und besonderer Sozialkapital-Konstellationen sind keine Erfolgsgaranten, und sie sind sicher nicht die einzigen Bestimmungsfaktoren für die Entwicklung der Kleinstädte. Dennoch tragen sie zur sozialen Existenzsicherung, zur Erhöhung der Lebensqualität und zum Schutz natürlicher Lebensgrundlagen bei. Sie begründen, warum viele Menschen in den Kleinstädten ausharren und eben nicht abwandern.

5. Ausblick: Das Sozialkapital-Konzept – eine Wertung

Der Fokus stadtsoziologischer Transformationsforschung lautet – überspitzt ausgedrückt: Abwanderung und Deindustrialisierung. Theoretisch arbeitet die Transformationsforschung überwiegend im Kontext von Modernisierungstheorien: Aus der normativen Sicht einer idealen „Westgesellschaft“ (ohne ihre Defizite auch wirklich zu benennen) wird der Entwicklungsabstand, nicht das jeweilige Anderssein der westdeutschen zur ostdeutschen Gesellschaft analysiert. Hinzu kommt: In der Kommunalpolitik und in der Planungstheorie sind Ziele und Instrumente bisher fast ausschließlich auf ökonomisches Wachstum ausgerichtet, jede andere Entwicklung wird als ‚Stagnation‘ bzw. als defizitär angesehen. Die Beschreibung des sozialen und ökonomischen Wandels erfolgt daher bislang ausschließlich in Kategorien des Verlustes. Das hier skizzierte Konzept soll zum Perspektivenwechsel beitragen – ohne natürlich problematische Verhältnisse gesundeten zu wollen. Das Sozialkapital-Konzept ist kein Allheilmittel!

Das Sozialkapital-Konzept verweist auf Eigenschaften, die in der Stadt- und Regionalforschung stärker fokussiert werden sollten. Städte und auch Regionen lassen sich nicht einfach auf einen positiven Entwicklungspfad bringen, wenn man lediglich Standortfaktoren-Kataloge ausbaut (vgl. z.B. Krätke u.a. 1997, S. 399). Zu den lokalspezifischen Qualitäten und Potentialen gehören, wie unsere Analyse gezeigt hat, Vertrauensbestände, Zugehörigkeits- und Verantwortungsgefühle, gemeinsame Zielvorstellungen sowie Intensität und Wirksamkeit bürgerlichen Engagements. Für Entwick-

lungskonzeptionen ist die Erkenntnis wichtig, daß Impulse eher durch die Aktivierung endogener lokaler Ressourcen denn externer geschaffen werden können. Das Sozialkapital-Konzept eignet sich, trotz methodischer und methodologischer Probleme, die hier aus Platzgründen nicht angesprochen werden konnten, hervorragend zur Benennung solcher Perspektiven. Es kann dazu beitragen, den Blick auf die ostdeutsche Stadtentwicklung von der, zugespitzt formuliert, fortlaufenden Beschreibung der Misere hin zu einer produktiven Sichtweise zu verändern.

Das Sozialkapital-Konzept bietet einen Ansatz für eine theoretisch fundierte empirische Bestimmung positiver Entwicklungsvoraussetzungen für Städte.¹⁰ Es unterstützt eine Herangehensweise an die ostdeutsche Stadtentwicklung, die nicht den „Modernisierungsabstand“ Ost–West in all seinen negativen Facetten ständig neu thematisiert. Sie ermöglicht eine Betrachtungsweise dieser Region, die ihren „Eigensinn“ und die damit verbundenen Qualitäten in den Vordergrund rückt.

Anmerkungen

- 1 Leicht überarbeitete Fassung eines Artikels, der demnächst in dem Sammelband „Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands“, herausgegeben von Christine Hannemann; Sigrun Kabisch; Christine Weiske, bei Schelzky & Jeep (Berlin) erscheinen wird.
- 2 Ein Beispiel für die Reichweite der Prognose „schrumpfende Stadt“ bietet die Untersuchung von Matthias Kirk und Werner Petrowsky zur Entwicklungsperspektive der Großsiedlung Bremerhaven-Grünhöfe (Kirk/Petrowsky 2000). Als Beispiel für eine der „schrumpfenden Regionen“ Westdeutschlands siehe die Studie von Rolf Klemmer zu Umfang und Folgen des Bevölkerungsrückgangs im Kontext wirtschaftlichen Strukturwandels im Ruhrgebiet (Klemmer 2001).
- 3 In der Diskussion um Ursachen, Ausmaß und Folgen der allgemeinen Krise globalisierter Wirtschaftsentwicklung mit stagnierendem Wirtschaftswachstum wird der Begriff der „Deindustrialisierung“ in zwei wesentlichen Zusammenhängen verwendet. Zum einen ist damit die Tertiärisierung der Produktion gemeint. Zum anderen wird bei einer Schrumpfung traditioneller Branchen, ohne daß andere Gewerbe an deren Stelle treten, von De-Industrialisierung gesprochen.
- 4 Zur Erinnerung: Die DDR war, gemessen an ihrer Größe, ein geradezu bis zum Rand mit Militär, paramilitärischen Organisationen und Institutionen vollgestopft Land. Um dies zu erkennen, addiere man nur einmal die Gruppen der „bewaffneten Organe“ in

der DDR (NVA, Grenztruppen, Sowjetarmee, Staatssicherheit) und alle anderen paramilitärischen Organisationen sowie die riesigen von ihnen okkupierten Flächen (siehe Blum 1997; Menge 1998).

- 5 Ein Beispiel: Wirtschaftliche Basis der mecklenburgischen Kleinstadt Teterow waren vor der Wende die Industrie, hier u.a. ein Panzerreparaturwerk und ein Kleiderwerk zur Produktion von NVA-Uniformhosen, und die Landwirtschaft. Außerdem hatte Teterow Kreisstadtfunktion für den Kreis Teterow. Heute existieren von diesen Wirtschaftsbereichen allenfalls Restbestände. Schon gar nicht hat eine „Tertiärisierung der Produktion“ stattgefunden. Die Stadt Teterow versucht mit der Ansiedlung von Unternehmen aus dem gentechnischen Bereich eine grundsätzliche Neudefinition der wirtschaftlichen Basis, deren Erfolg zur Zeit äußerst ungewiß ist.
- 6 Eine Pionierstudie in dieser Hinsicht war die Untersuchung von Miegel u.a. (1991) „Wirtschafts- und arbeitskulturelle Unterschiede in Deutschland: Zur Wirkung außerökonomischer Faktoren auf die Beschäftigung“, die soziokulturelle Merkmale von Regionen in ihrer Bedeutung für die ökonomische Entwicklung untersuchte.
- 7 In seinem neuesten Buch zum Thema beschreibt Putnam die zentrale Idee seiner Überlegungen mit folgendem Bild: „... daß soziale Netzwerke einen Wert haben. Sie erhöhen nämlich die individuelle wie die kollektive Produktivität, so wie ein Schraubenzieher (physisches Kapital) und eine gute Ausbildung (Humankapital) dies auch tun“. Diese Publikation (Putnam 2000) zeigt allerdings ebenso wie Putnams berühmter Aufsatz von 1995 „Bowling Alone. America's Declining Social Capital“ das flächendeckende Schwinden des sozialen Kapitals in den USA. An diese Prognosen schließen viele deutsche AutorInnen an, indem sie die Bedeutung und die Probleme zivilen Bürgerengagements, wie z.B. des Ehrenamtes, in Deutschland diskutieren.
- 8 Als Untersuchungsgebiet des Forschungsprojektes wurde der nordostdeutsche Raum innerhalb der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg gewählt. Dabei wurde die Untersuchung auf die Teile des Mecklenburg-Vorpommerschen Binnenlandes und Nordbrandenburgs beschränkt, die sich außerhalb der Entwicklungsräume Berlins und der großen Städte und Tourismusorte der Ostseeküste befinden. Hier zeigen sich die Problemlagen der Entwicklung von Kleinstädten im ländlichen Raum besonders deutlich. Die Region ist charakterisiert durch sehr geringe Besiedlungsdichte, große Strukturdefizite und das weitgehende Fehlen von Groß- und Mittelstädten. Gleichwohl besitzt dieses Gebiet ein dichtes Netz von Kleinstädten und Landschaftsräume von hoher Qualität. Die Gebietsauswahl basiert auf Erkenntnissen einer deutschlandweiten Regionalanalyse der (ehemaligen) Bundesanstalt für Raumkunde und Landesplanung (BfLR – heute BBR) über „Typen ländlicher Entwicklung in Deutschland und Europa“. Über die bloße Abgrenzung nach Besiedlungsdichte hinaus wurden verschiedene sozio-ökonomische Indikatoren mit einbezogen, um verschiedene Kategorien ländlicher Räume identifizieren und abgrenzen zu können. Die BfLR unterschied anhand siedlungsstruktureller und wirtschaftlicher Gesichtspunkte vier Typen ländlicher Entwicklung. Zum nach siedlungsstrukturellen

und wirtschaftlichen Defiziten und Entwicklungschancen ungünstigsten Typus „strukturschwache ländliche Räume ohne nennenswerte (aus Bundessicht meßbare) Entwicklungspotentiale“ gehören auch Teile des Mecklenburg-Vorpommerschen Binnenlandes und Nordbrandenburgs.

9 Unsere Schlüsselpersonen haben wir mittels Schneeballmethode und dem aus der Elitenforschung bekannten Reputationsverfahren gefunden, indem, angefangen beim Bürgermeister, jede Person in den Untersuchungsstädten, mit der wir Kontakt hatten, danach gefragt wurde, wer denn wichtig und aktiv in der Stadt sei. Wurde ein Name mehr als dreimal genannt, haben wir uns um einen Interviewtermin bemüht. (Einige wenige Personen konnten wir aus unterschiedlichsten Gründen – Urlaub, Krankheit, Zeitprobleme – nicht erreichen.)

10 Für eine Bezugnahme auf das Sozialkapital-Konzept bei der Analyse von „städtischen Problemgebieten“ siehe Schnur 1999.

Literatur

- Bluhm, Harald (1997): Facetten des militarisierten Sozialismus. In: Berliner Debatte INITIAL 8 (6), S. 3-12
- Esser, Hartmut (2000): Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 4: Opportunitäten und Restriktionen. Frankfurt a.M.; New York: Campus
- Hannemann, Christine (2000): Zukunftschance Schrumpfung – Stadtentwicklung in Ostdeutschland – eine Skizze. In: Hager, Frithjof; Schenkel, Werner (Hg.): Schrumpfung: Chancen für ein anderes Wachstum. Berlin: Springer, S. 99-105
- Hannemann, Christine (2002): Die Herausbildung räumlicher Differenzierungen – Kleinstädte in der Stadtforschung. In: Löw, Martina (Hg.): Städtische Differenzierungen. Opladen: Leske + Budrich (im Erscheinen)
- Häußermann, Hartmut (Hg.) (1992): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas. Basel u.a.: Birkhäuser
- Häußermann, Hartmut; Hannemann, Christine (1999): Kleinstädte in Ostdeutschland – Welche Zukunft hat dieser Stadttyp? Antrag zum Forschungsprojekt. Humboldt-Universität zu Berlin, Phil. Fak. III, Sozialwissenschaften, Stadt- und Regionalsoziologie, unveröffentlicht
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1988): Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 29, S. 78-94
- Kirk, Matthias; Petrowski, Werner (2000): Kontinuität und Wandel einer Gartenstadt. Armutslagen in Bremerhaven-Grünhöfe im Kontext einer „schrumpfenden Stadt“. Universität Bremen, ZWE, Forschungsbericht Nr. 13
- Klemmer, Rolf (2001): Steht das Ruhrgebiet vor einer neuen demographischen Herausforderung? Schriften und Materialien zur Regionalforschung, H. 7. Essen: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
- Kratke, Stefan u.a. (1997): Regionen im Umbruch. Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwi-

schen „Ost“ und „West“. Frankfurt a.M.: Campus

Menge, Wolfgang (1998): Flächennutzungsstruktur. In: Eckart, Karl u.a. (Hg.): Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Berlin: Duncker & Humblot, S. 159-177

Kujath, Hans Joachim (Hg.) (1998): Strategien der regionalen Stabilisierung. Wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes. Berlin: edition sigma

Miegel, Meinhard u.a. (1991): Wirtschafts- und arbeitskulturelle Unterschiede in Deutschland: Zur Wirkung außerökonomischer Faktoren auf die Beschäftigung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Offe, Claus (1999): „Sozialkapital“ – Begriffliche Probleme und Wirkungsweise. In: Kistler, Ernst u.a. (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Berlin: edition sigma, S. 113-120

Piore, Michael J.; Sabel, Charles F. (1985): Das Ende der Massenproduktion. Berlin: Wagenbach

Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton University Press

Putnam, Robert D. (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster

Schäfer, Rudolf u.a. (1992): Kleinstädte und Dörfer in den neuen Bundesländern – Aufgabenfeld für die städtebauliche Erneuerung. Göttingen: Schwartz & Co.

Schnur, Oliver (1999): Sozialkapital und Stadtentwicklung. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven – auch für die kommunale Praxis? In: RaumPlanung, H. 87, S. 255-262

Tagungsbericht 1997: Krämer-Badoni, Thomas; Petrowsky, Werner (Hg.): Das Verschwinden der Städte. Dokumentation des 16. Bremer Wissenschaftsforums der Universität Bremen, 14.-16. November 1996. Bremen

Wachsmann, Konrad (1989): Wendepunkt im Bauen. Dresden: VEB Verlag der Kunst (Reprint der Ausgabe von 1959)

Weber, Herrmann (1991): DDR – Grundriß der Geschichte 1945-1990 (vollst. überarb. u. erg. Neuauf. v. 1976). Hannover: Pabelträger

Weber, Olaf/Zimmermann, Gerd (1980): Zur Wirkung der Stadtgestalt. Beispieluntersuchungen in Halle, Halle-Neustadt und Erfurt, Berlin: Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur (Hg.)

Weingart, Peter (1989): „Großtechnische Systeme“ – ein Paradigma der Verknüpfung von Technikentwicklung und sozialem Wandel. In: Ders. (Hg.): Technik als sozialer Prozeß. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 174ff.

Wellm, Alfred (1987): Morisco. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag

Welser, Horst (1957): Sind wir auf dem richtigen Wege zur sozialistischen Wohn- und Lebensform? In: Deutsche Architektur 6 (6), S. 486

Werner, Frank (1981): Stadt, Städtebau, Architektur in der DDR: Aspekte der Stadtgeographie, Stadtplanung und Forschungspolitik. Erlangen: Verlag Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen e.V.

Werner, Frank; Seidel, Joachim (1992): Der Eisenbau: Vom Werdegang einer Bauweise. Berlin; München: Verlag für Bauwesen

White, R.B. (1965): Prefabrication: A History of its Development in Great Britain. London: Her Majesty's Stationary Office

Wielgohs, Jan (1989): Produktivkraftentwicklung – Ei-

gentumsverhältnisse – Lebensweise (Philosophische und methodologische Aspekte der soziologischen Theorie der sozialistischen Lebensweise). Thesen zur Dissertation A. In: Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR, H. 1. Berlin: Zentralstelle für soziologische Information und Dokumentation der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, S. 3ff.

Wielgohs, Jan et al. (1990): Reformbewegung und Volksbewegung (Politische und soziale Aspekte im Umbruch der DDR-Gesellschaft). In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ B 16-17

Wilde, Alexander (1989): Das Märkische Viertel. Berlin: Nicolai

Winkler, Gunnar (Hg.) (1990): Frauenreport '90. Berlin: Verlag Die Wirtschaft

Wohnungsbauwesen 70 – Übersichtskatalog (1971); hg. von der Deutschen Bauakademie zu Berlin, Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau

Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie (1983), hg. von Georg Abmann et al., Berlin: Dietz Verlag

Zimmermann, Clemens (1991): Von der Wohnungsfrage zur Wohnungspolitik. Die Reformbewegung in Deutschland 1845-1914. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

Zimmermann, Hartmut (1976): Politische Aspekte in der Herausbildung, dem Wandel und der Verwendung des Konzepts „Wissenschaftlich-technische Revolution“ in der DDR. In: Deutschland Archiv, Sonderheft „Wissenschaftlich-technische Revolution und industrieller Arbeitsprozeß“. 9. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der BRD, S. 17f.